

Antrag 00-001: Zukunft von hier – Grundsätze liberaler Kommunalpolitik

Antragsteller*in:	Landesvorstand Niedersachsen (LV Niedersachsen)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	00- - Leitanträge

1 Präambel

2 Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Auch wenn wir
3 in einer der freiesten Gesellschaften dieser Welt leben, bleibt auch vor Ort und
4 ganz konkret der Einsatz für Freiheit, Toleranz und die soziale Marktwirtschaft
5 stete Aufgabe und Herausforderung. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben
6 aller Mitbürger unserer Kommunen mit allen Chancen auf persönliches Glück und
7 Entfaltung der eigenen Lebensziele ein. Deshalb sind Liberale immer auch vor Ort
8 engagiert. Denn Städte und Gemeinden sind die Basis unseres Gemeinwesens.

9 Das wesentliche Ziel liberaler Kommunalpolitik ist es, allen Bürgerinnen und
10 Bürgern vor Ort ein Höchstmaß an Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihres
11 Lebens zu geben. Liberale Kommunalpolitik setzt die Rechte und Freiheiten des
12 Bürgers an erster Stelle. Jeder Mensch soll faire Chancen haben, seine eigenen
13 Talente und Ideen zu entfalten, von seiner eigenen Arbeit zu leben und nach
14 seiner eigenen Vorstellung glücklich werden zu können - zu seinem eigenen Nutzen
15 und zum Nutzen der Gesellschaft. Dabei sollen ihn kommunale Strukturen und die
16 Verwaltung unterstützen und nicht bremsen.

17 Wir bauen auf die mündige Bürgerin und den mündigen Bürger. Die freie
18 Bürgergesellschaft lebt von seiner individuellen Stärke, seiner Bereitschaft,
19 Verantwortung für sich und seine Mitbürger zu übernehmen, seinem Engagement,
20 allein oder im freiwilligen Zusammenschluss mit anderen. Die Bürgergesellschaft
21 entsteht vor Ort durch das Miteinander und Füreinander der Bürger. Vom Einsatz
22 ehrenamtlich und gemeinnützig tätiger Menschen leben Gemeinschaften und
23 Kommunen.

24 Liberale Kommunalpolitik will dieses private Engagement und die
25 Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger nicht durch staatliches Handeln
26 behindern oder gar verdrängen, sondern im Gegenteil ermutigen und fördern. Wo
27 immer Menschen in Eigeninitiative tätig werden, finden sie unsere Unterstützung.

28 Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner
29 Bürger macht eine Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert.

30 Liberale setzen sich konsequent dafür ein, dass die vom Bund und dem Land an die
31 Kommunen übertragenen Aufgaben auch kostendeckend und auskömmlich finanziert
32 werden. Wenn das Land dauerhaft die vom Bund überlassenen Mittel nicht in vollem
33 Umfang an die Kommunen weitergibt – wie beispielsweise bei der Unterbringung von
34 Schutzsuchenden - oder sowohl bei der Ganztagsbetreuung wie bei der KiTa-
35 Betreuung die Finanzierung nicht ausreicht, schwächt das die kommunale Ebene und
36 führt zu kritischen Haushaltslagen und damit zu fehlenden Mitteln für die
37 eigenen kommunalen Aufgaben.

Um die Kräfte unserer Bürger zur Entfaltung zu bringen, bedarf es einer Politik, die besonnen die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Deshalb ist unsere Politik pragmatisch, bürgernah und lösungsorientiert. Wir wollen als Freie Demokraten unsere Städte, Gemeinden und Landkreise aus der politischen Mitte heraus gestalten. Die Akteure am extremen linken und rechten Rand des politischen Spektrums tragen nach den Erfahrungen der FDP nichts Konstruktives zur Lösung der kommunalen Probleme bei und etablieren ein Klima der Angst, des Misstrauens und der Ausgrenzung. Daher verbietet sich die FDP Niedersachsen eine Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien.

I. "Schul-Fit for Schulbeginn"

Für die FDP Niedersachsen ist Bildung der Schlüssel zur Selbstbestimmung. Deshalb darf der Bildungsweg in unserem Land nicht von der Postleitzahl oder dem Elternhaus abhängen. Hierfür tragen insbesondere die Kommunen und die Kommunalpolitiker vor Ort die Verantwortung. Chancengerechtigkeit entscheidet sich nicht erst auf der weiterführenden Schule, sondern bereits im Sandkasten. Wir wollen daher erreichen, dass die Kinder bereits „schulfit“ in die Schule kommen. Dafür wollen wir Kitas und Schulen in unseren Kommunen stärken.

Sprache ist der Schlüssel zur Bildung

Wir wollen erreichen, dass Schülerinnen und Schüler vom ersten Tag an dem Unterricht folgen können. Dazu müssen sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Wir setzen uns landesweit dafür ein, dass zwei Jahre und ein Jahr vor der Einschulung eine Sprachstandsfeststellung durchgeführt wird. Bei nicht ausreichenden Sprachfähigkeiten ist verpflichtend an einer Sprachförderung teilzunehmen. Sollten sich zudem Defizite im Sozialverhalten zeigen, kann das letzte Kindergartenjahr verpflichtend werden. Wir wollen die Kitas so ausstatten, dass sie zeitlich und qualitativ diese Aufgabe auch wahrnehmen können. Damit schaffen wir eine Basis für echte Teilhabe ab dem ersten Schultag.

Starke Kitas für starke Bildung

Wir wollen erreichen, dass die Kindertagesstätten in Niedersachsen als Bildungsort gestärkt werden. Frühkindliche Bildung und frühkindliche Förderung sind grundlegend für den späteren Bildungsweg. Wir wollen die Kitas personell stärken und den Betreuungsschlüssel verbessern. Wir wollen die Entwicklungsdiagnostik mit neuen Methoden verbessern und damit den Fachkräften mehr Zeit geben mit den Kindern zu arbeiten.

Ganztag nach Bedarf statt mit der Gießkanne

Wir wollen erreichen, dass Ganztagsbildung vor Ort gelingt. Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung durch den Bund werden die Kommunen allein gelassen. Wir wollen Ganztagsangebote insbesondere den Eltern, die darauf angewiesen sind. Dadurch können es echte Bildungsangebote sein, statt bloße Betreuung. Mit gezielter Förderung, der Integration von Logo- und Ergotherapie in den Schulalltag, Lernbegleitung und Angeboten der Jugendhilfe wollen wir Schulen zum kommunalen Bildungsraum weiterentwickeln.

Ferienangebote stärken – Eltern entlasten

Viele Eltern schaffen es mit den bereits vorhandenen Ganztagsangeboten Familie und Beruf im Alltag zu meistern. Ein großes Problem bilden jedoch die Ferientage der Kinder, die weit über den Urlaubsanspruch von Arbeitnehmern hinausgehen. Wir wollen daher die Ferienangebote in den Kommunen ausbauen, um verlässliche und bei Bedarf ganztägige soziale Angebote für die Kinder zu schaffen.

Schulen sind das Aushängeschild für Kommunen

Von der Schultoilette bis ins digitale Klassenzimmer – wir wollen erreichen, dass Gebäude und Ausstattung unserer Schulen die Bedeutung von Bildung widerspiegeln. Wir Freien Demokraten fordern eine Investitionsoffensive und setzen uns für moderne, helle und funktionale Bildungsbauten ein. Schulen (und auch Kitas) müssen Orte sein, an denen die Kinder gerne lernen und die Mitarbeitenden gerne arbeiten. Das bedeutet auch, dass die technische Infrastruktur stimmt. Wir Freien Demokraten fordern eine hochwertige mediale Ausstattung und schnelles WLAN in jeder Einrichtung – für eine zeitgemäße Medienpädagogik ab dem Vorschulalter.

Sicherer Schulweg

Wir setzen uns für sichere Schulwege durch eine intelligente Verkehrsplanung, bessere Beleuchtung und den gezielten Ausbau von Fahrradwegen ein, damit jedes Kind eigenständig und gefahrenfrei sein Ziel erreicht.

Ausreichend Kapazitäten für Schwimmkurse

Jedes Kind in Niedersachsen muss sicher schwimmen lernen. Deshalb wollen wir erreichen, dass ausreichend Kapazitäten für Schwimmkurse durch die Sanierung kommunaler Bäder und eine effizientere Koordinierung der Nutzungszeiten für Schulen und Vereine zur Verfügung stehen.

Ausgewogenes Schulessen

Wir stehen für ein ausgewogenes Schulessen, das durch regionale Qualität und ernährungsphysiologische Vielfalt überzeugt.

II. Bauen, Bauen, Bauen

Die Grundlagen eines selbstbestimmten Lebensentwurfs hängen unmittelbar mit der individuellen Wohnsituation zusammen. Wir fordern daher eine bedarfsgerechte Schaffung neuen Wohnraums – von der Singlewohnung bis zum Einfamilienhaus. Nur durch mehr Angebot bleiben Mieten bezahlbar und Kaufpreise erschwinglich. Individuellen Wünschen und innovativen Ansätzen soll Raum gegeben werden, statt durch weitere Vorgaben, Auflagen und Gestaltungssatzungen Bauen noch teurer zu machen. Neue Baugebiete sollen genauso ausgewiesen wie eine Nachverdichtung im Bestand erleichtert werden. Durch neue Gewerbegebiete wird die lokale Wirtschaft gestärkt und kann sich weiter entfalten.

Wohnraum bedarfsgerecht schaffen

Wir setzen beim Wohnungsbau konsequent auf Bedarf statt auf Verbote. Wir möchten Rahmenbedingungen etablieren, die die Schaffung von Wohnräumen für unterschiedlichste Lebenssituationen - insbesondere barrierefrei – ermöglichen und dies von der Single-Wohnung, über das Appartement bis zum Einfamilienhaus mit Garten. Wir wollen erreichen, dass individuelle Träume der Menschen

124 erreichbar bleiben. Vielfalt im Angebot ist der wirksamste Hebel gegen steigende
125 Mieten und Kaufpreise und macht zusätzliche Markteingriffe wie die
126 Mietpreisbremse überflüssig. Tiny Houses, ökologische Bauformen und spektakuläre
127 Architektur sollte man nicht nur im Ausland bestaunen dürfen. Flächensparen
128 erreichen wir durch Anreize wie „Jung kauft Alt“, nicht durch pauschale
129 Bauverbote.

130 Innovatives Bauen ermöglichen

131 Innovatives Bauen braucht Freiräume. Wir setzen uns dafür ein, dass moderne
132 Baustoffe, serielle Bauweisen und nachhaltige Materialien ohne unnötige Hürden
133 eingesetzt werden können. Viele kommunale Gestaltungssatzungen sind
134 überreguliert und verhindern Innovation aus reinem Geschmacksempfinden. Wir
135 wollen erreichen, dass diese Vorgaben regelmäßig überprüft und entschlackt
136 werden und stärker auf funktionale statt ästhetische Kriterien ausgerichtet
137 werden. Baukultur entsteht durch Wettbewerb und Ideen – nicht durch
138 Detailvorschriften. Baugenehmigungen müssen zudem eine Bringschuld der
139 Verwaltung werden. Deshalb treten wir für eine Genehmigungsfiktion ein, bei der
140 ein Bauantrag automatisch als genehmigt gilt, wenn er nicht innerhalb von zwei
141 Monaten beschieden wird.

142 Wohnungsbau und soziale Infrastruktur gemeinsam denken

143 Mehr Wohnraum gelingt nur, wenn Planung pragmatisch bleibt. Wir setzen auf neues
144 Bauland und Bebauungspläne und nicht auf zusätzliche Vorschriften, die
145 bestehendes Landes- und Bundesrecht noch verschärfen. Bauen – ob zur
146 Eigennutzung oder zur Vermietung – darf weder ein steiniger Weg noch ein
147 Behördenmarathon sein. Parallel zum Wohnungsbau muss die soziale Infrastruktur
148 bedarfsgerecht mitwachsen: wir wollen erreichen, dass Kitas, Pflegeangebote und
149 Freizeitflächen als integraler Bestandteil funktionierender Quartiere von Anfang
150 an mitgedacht werden.

151 Bauen braucht Platz

152 Wir stehen zu einer aktiven Baulandpolitik. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete
153 sollen neben Einfamilienhäusern auch Mehrfamilienhäuser, moderne Quartiere und
154 geförderter Wohnraum entstehen, um ein ausgewogenes Angebot für Familien,
155 Alleinerziehende und Alleinstehende zu schaffen. Nur durch ausreichende
156 Flächenverfügbarkeit kann Wohnraum bezahlbar bleiben. Verknappung ist kein
157 Klimaschutz, sondern ein Preistreiber.

158 Bauen im Außenbereich pragmatisch ermöglichen

159 Im Außenbereich setzen wir auf gezielte, praxisnahe Lösungen. In Anlehnung an
160 die Altenteilregelung in der Landwirtschaft wollen wir Wohnraum privilegieren,
161 wenn er im Zusammenhang mit Unternehmensnachfolge, Betriebsentwicklung oder dem
162 Erhalt mittelständischer Betriebe steht. Wohnen und Arbeiten wieder näher
163 zusammenzubringen stärkt den ländlichen Raum und sichert wirtschaftliche
164 Substanz.

165 Azubi-Wohnungen gezielt fördern

166 Wer Fachkräfte will, muss Wohnraum ermöglichen. Für Azubi-Wohnungen brauchen wir
167 insbesondere auf Ebene der Landkreise vereinfachte Genehmigungen und flexible

Standards. Ausbildung, Wohnen und Arbeiten gehören zusammen. Wo kein Wohnraum ist, entstehen auch keine Arbeitsplätze – das gilt besonders für junge Menschen.

Neue Gewerbegebiete ausweisen – Wachstum ermöglichen

Eine starke Kommune braucht Raum für Wirtschaft und kümmert sich um Arbeitsplätze. Gewerbe, Handwerk und Industrie müssen gefördert werden. Wir wollen erreichen, dass Gewerbegebiete zügig ausgewiesen werden, um bestehenden Betrieben Wachstum zu ermöglichen und neue Unternehmen anzusiedeln. Planungssicherheit, schnelle Verfahren und eine verlässliche Flächenpolitik sind zentrale Standortfaktoren. Wer Arbeitsplätze schaffen will, darf nicht an Flächenmangel oder jahrelangen Genehmigungen scheitern. Gewerbeentwicklung ist Voraussetzung für Wohlstand, kommunale Einnahmen und eine starke lokale Wirtschaft. Ein leistungsfähiger Breitbandanschluss ist im Jahr 2026 kein Luxusgut, sondern die Grundvoraussetzung für wirtschaftliches und modernes Handeln. Wir wollen erreichen, dass es eine flächendeckende Gigabit-Infrastruktur errichtet wird, um digitale Geschäftsmodelle, Cloud-Anwendungen und internationale Kommunikation fehlerfrei zu ermöglichen.

III. Sicherheit, Vielfalt, Sauberkeit – für attraktive Zentren

Lebendige Innenstädte und Ortszentren sind das Herz unserer Kommunen. Sie sind Orte des Handels, der Begegnung, der Kultur und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Damit sie auch künftig attraktiv bleiben, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind die Grundlage für Aufenthaltsqualität, wirtschaftliche Entwicklung und ein positives Lebensgefühl.

Sauberkeit ist ein entscheidender Faktor für die Attraktivität

Wir fordern regelmäßige und bedarfsgerechte Reinigungsintervalle, insbesondere an zentralen Plätzen und an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs - dort müssen sie selbstverständlich sein. Verschmutzungen, etwa in Unterführungen oder Zugängen zu Bahnhöfen, sind konsequent zu beseitigen und durch geeignete präventive Maßnahmen dauerhaft zu reduzieren. Ergänzend dazu braucht es ausreichend öffentliche Toiletten an stark frequentierten Orten, um die Sauberkeit im öffentlichen Raum nachhaltig zu sichern.

Objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl gehören untrennbar zusammen. Bürgerinnen und Bürger sowie Besucherinnen und Besucher sollen sich zu jeder Tages- und Nachtzeit unbeschwert im öffentlichen Raum bewegen können.

Sicherheitsgefühl stärken

Wir fordern sichtbare und ansprechbare Präsenz von Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten sowie eine enge, rechtssichere Zusammenarbeit beider Akteure. Kooperative Streifen stärken das Sicherheitsgefühl, wirken präventiv und ermöglichen schnelle Hilfe, ohne ein Klima der Überwachung zu erzeugen. Ergänzend dazu muss die Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden, weiter verbessert werden. Bewährte Schutzangebote, insbesondere für Frauen, wollen wir erhalten und gezielt ausbauen. Zusätzlich fordern wir eine gute und verlässliche Beleuchtung. Dunkle

211 Straßen, Wege, Unterführungen und Haltestellen schaffen Unsicherheit und müssen
212 konsequent vermieden werden. Moderne, auch smarte Beleuchtungskonzepte können
213 dazu beitragen, Angsträume abzubauen und das Sicherheitsgefühl spürbar zu
214 verbessern.

215 Ordnungspolitik bedeutet für uns Freie Demokraten nicht die Verdrängung sozialer
216 Probleme Wohnungslose Menschen brauchen Unterstützung statt Ausgrenzung.
217 Hilfsangebote zur kurzfristigen Unterbringung, zur medizinischen Grundversorgung
218 und zur Beratung wollen wir erhalten und gezielt ausbauen, insbesondere in den
219 Wintermonaten. Im Umgang mit offenen Drogenszenen ist ein verantwortungsvoller
220 und differenzierter Ansatz erforderlich. Wir wollen erreichen, dass Sicherheit,
221 Gesundheitsschutz und wirksame Hilfsangebote miteinander verbunden werden und
222 alle relevanten Akteure mit einbezieht.

223 Attraktive Zentren entstehen dort, wo Vielfalt, Erreichbarkeit und
224 Aufenthaltsqualität zusammengedacht werden

225 Neben Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit braucht es eine ausgewogene Mischung
226 aus Handel, Gastronomie, Dienstleistungen, Wohnen, Kultur und Freizeit, die
227 unterschiedliche Zielgruppen anspricht und den ganzen Tag über Leben in die
228 Zentren bringt. Inhabergeführte Geschäfte, innovative Nutzungskonzepte und
229 flexible Zwischennutzungen tragen ebenso zur Belebung bei wie Veranstaltungen,
230 kulturelle Angebote und Erlebnisräume. Eine gute Erreichbarkeit mit allen
231 Verkehrsmitteln, barrierefreie Gestaltung, ausreichend Sitzgelegenheiten sowie
232 attraktive Grün- und Freiflächen erhöhen die Aufenthaltsdauer und machen Zentren
233 zu Orten, an denen Menschen sich gerne aufhalten. Digitalisierung, etwa durch
234 freies WLAN, Informations- und Leitsysteme oder digitale Services, kann die
235 Nutzung zusätzlich erleichtern. Entscheidend ist dabei eine Politik, die
236 ermöglicht statt verhindert, private Investitionen fördert, Eigentümer einbindet
237 und Experimentierräume zulässt.

238 Eine lebenswerte Heimat für ältere Menschen zeichnet sich durch ein starkes
239 soziales Gefüge aus, das durch gezielte Begegnungsangebote und Stärkung des
240 Ehrenamts aktiv der Vereinsamung entgegenwirkt. Gleichzeitig sorgt eine
241 barrierefreie Infrastruktur in Verbindung mit niederschweligen
242 generationenübergreifenden Hilfs- und Pflegeangeboten dafür, dass auch kranke
243 und bedürftige Bürger ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben gemeinschaftlich
244 führen können.

245 **IV. Kommunale Verkehrs- und Mobilitätspolitik mit** 246 **Wahlfreiheit**

247 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit, Teilhabe und wirtschaftliche
248 Entwicklung. Wir stehen für eine ideologiefreie Mobilitätspolitik, die
249 Wahlfreiheit ermöglicht und alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig berücksichtigt
250 - unabhängig davon, ob sie zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto oder dem
251 öffentlichen Personennahverkehr unterwegs sind.

252 Zukunftsfähige kommunale Verkehrspolitik

253 Statt auf Verbote oder Verdrängung zu setzen, fördern wir lokale Lösungen. Wir

254 wollen erreichen, dass moderne Verkehrskonzepte, technologische Innovationen und
255 praktikable Parkraumkonzepte miteinander verbunden werden. Wir bekennen uns
256 ausdrücklich zur individuellen Mobilität. Gerade im ländlichen Raum bleibt das
257 Auto für viele Menschen unverzichtbar. Keine Mobilitätsform darf ideologisch
258 benachteiligt werden.

259 Moderne Mobilitätsangebote und Digitalisierung

260 Wir wollen erreichen, dass die Chancen der Digitalisierung für eine bessere
261 Mobilität vor Ort konsequent genutzt werden. Digitale Verkehrssteuerung,
262 Echtzeitinformationen, interoperable Ticket- und Bezahlssysteme sowie
263 intelligente Ampel- und Leitsysteme können Verkehrsflüsse verbessern und Staus
264 reduzieren. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir erreichen, dass flexible
265 und digitale Mobilitätsangebote ausgebaut werden. On-Demand-Verkehre, digitale
266 ÖPNV-Taxis und Rufbusmodelle können den klassischen Linienverkehr sinnvoll
267 ergänzen und Mobilität auch dort sichern, wo herkömmliche Angebote an ihre
268 Grenzen stoßen. Wir fordern moderne Mobilitätsangebote, die durch eine
269 verbundübergreifende Digitalisierung barrierefrei zugänglich werden und eine
270 automatisierte Buchung sowie Abrechnung mittels herkömmlicher elektronischer
271 Zahlungsmittel (wie Debit- oder Kreditkarte) nach dem ‚Best-Price-Prinzip‘
272 ermöglichen. Künstliche Hürden wie Mindestpreise oder langwierige
273 Genehmigungsverfahren für neue Mobilitätsanbieter lehnen wir dabei ab.
274 Innovative Mobilitätsformen sind keine Feinde des ÖPNV, sondern bedeuten mehr
275 Angebot für uns alle.

276 Autonomes Fahren als Chance für Stadt und Land

277 Wir wollen geeignete Rahmenbedingungen für autonome Mobilität schaffen. Wir
278 wollen erreichen, dass Pilotprojekte zum autonomen Fahren – insbesondere im
279 öffentlichen Personennahverkehr – gemeinsam mit kommunalen und regionalen ÖPNV-
280 Anbietern auf den Weg gebracht werden. Teil- und vollautonome Verkehrssysteme
281 bieten große Chancen für den ländlichen Raum: bessere Erreichbarkeit, mehr
282 Flexibilität und neue Mobilitätsangebote auch außerhalb der Ballungszentren. Die
283 treiben deshalb die Erprobung autonomer Mobilitätslösungen gezielt auch in dünn
284 besiedelten Regionen voran. Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige
285 digitale Infrastruktur. Wir Freien Demokraten prüfen, inwieweit Kommunen den
286 Ausbau von LoRaWAN, 5G-Netzen sowie die Einführung kommunikationsfähiger
287 Signalanlagen an Straßen und wichtigen Verkehrsachsen aktiv unterstützen können.
288 Autonomes Fahren wird in Zukunft einen hohen Stellenwert in der Verkehrspolitik
289 einnehmen – Kommunen sollen darauf vorbereitet sein.

290 Straßen- und Verkehrsinfrastruktur erhalten und modernisieren

291 Der Zustand der Straßen ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein unmittelbarer
292 Gradmesser für funktionierende Politik. Schlaglöcher, Sperrungen und lange
293 Sanierungszeiten führen schnell zu Frustration und Politikverdrossenheit. Wir
294 sehen erhebliche strukturelle Probleme an den Schnittstellen zwischen Kommunen,
295 Land und zuständigen Straßenbauverwaltungen. Unklare Zuständigkeiten, lange
296 Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie personelle und finanzielle Engpässe
297 verzögern notwendige Maßnahmen. Wir wollen radikal vereinfachte, schlanke und
298 digitale Verfahren bei Planung, Genehmigung und Umsetzung von
299 Infrastrukturprojekten erreichen. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

umfasst dabei nicht nur Straßen und Radwege, sondern auch Schienen-, Wasser-,
Flug- und kombinierte Verkehrswege. Erhalt und Sanierung müssen Vorrang vor
ideologisch motivierten Strukturveränderungen haben. Straßenausbaubeiträge
lehnen die Freien Demokraten ab.

Verkehrssicherheit als Leitprinzip kommunaler Planung

Eine sichere Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer – ob Fußgänger,
Radfahrer, Autofahrer oder Nutzer des ÖPNV – ist Voraussetzung für Akzeptanz und
Vertrauen. Dabei wollen wir erreichen, dass auf intelligente Verkehrsführung,
übersichtliche Planung und moderne Technik statt pauschaler Einschränkungen oder
Verbote gesetzt wird. Außerdem wollen wir eine stärkere Verkehrsbildung der
Verkehrsteilnehmer durch Verkehrswachten und Schulen erreichen.

Mobilität bedeutet eine starke Logistik und eine Stärkung des Tourismus.

Städte, Gemeinden und Landkreise tragen eine zentrale Verantwortung dafür, dass
Mobilität funktioniert, Versorgung gesichert ist und wirtschaftliche Entwicklung
stattfinden kann. Logistik und Tourismus sind dabei entscheidende kommunale
Wirtschaftsfaktoren: Sie schaffen Arbeitsplätze vor Ort, sichern die
Daseinsvorsorge und stärken die Attraktivität.

Logistik als kommunale Aufgabe ernst nehmen

Logistik wird im Alltag häufig auf Paketlieferungen reduziert. Tatsächlich ist
sie jedoch das Rückgrat der kommunalen Versorgung: Sie stellt sicher, dass
Geschäfte beliefert werden, Betriebe produzieren können und Energie sowie
Kraftstoffe verfügbar sind, daher sind leistungsfähige logistische Strukturen
unverzichtbar.

Wir begreifen Logistik als Gestaltungsaufgabe, die eigene Handlungsspielräume,
moderne Konzepte und eine verlässliche Infrastruktur braucht.

Zentral sind dabei für uns offene und praxistaugliche Konzepte der City-
Logistik, damit der wachsende Lieferverkehr der Kurier-, Express- und
Paketdienste effizient, stadtverträglich und ohne zusätzliche Bürokratie
organisiert werden können.

Tourismus als kommunaler Wirtschaftsmotor

Tourismus findet vor Ort statt. Ob Städtetourismus, Naherholung oder ländliche
Tourismusangebote – die Kommunen gestalten die Rahmenbedingungen. Der
Kulturtourismus ist ein wichtiger Identitäts- und Wirtschaftsfaktor, den wir
gezielt stärken wollen.

Voraussetzung für erfolgreichen Tourismus ist Erreichbarkeit. Wir wollen
insbesondere im ländlichen Raum einen verlässlichen, gut abgestimmten ÖPNV
erreichen.

Gerade in touristisch geprägten Kommunen entscheidet die Mobilität vor Ort
darüber, ob Angebote genutzt werden können.

Wir wollen erreichen, dass kommunal gestaltbare, innovative Mobilitätsangebote
ausgebaut werden und unterstützen den Ausbau intelligenter On-Demand-Verkehre,
die flexibel auf Nachfrage reagieren. Ebenfalls fordern wir die Erprobung
elektrisch betriebener, fahrerloser Kleinbusse (Peplemover), insbesondere in
touristischen Regionen.

V. Update für die Kommunen: effektiv - digital - bürgernah

Digitale Serviceleistungen

Wir wollen erreichen, dass unsere Kommunen digitale Serviceleistungen auch zu 100 Prozent anbieten. Von der Anmeldung einer Wohnung bis zur Gewerbeanmeldung – alle Vorgänge sollen bequem digital und papierfrei von der Couch erledigt werden können. Dazu wollen wir erreichen, dass eine zentrale digitale Plattform als One-Stop-Shop eingerichtet wird. Solange Präsenztermine noch erforderlich sind, muss die Terminvergabe digital und für spontan freiwerdende Termine eine Push-Benachrichtigung erfolgen. Wir wollen erreichen, dass die Verwaltung intern digital abläuft. Ausgedruckte Online-Anträge und Papierakten sollen der Vergangenheit angehören. Künstliche Intelligenz soll die Verwaltungsstuben auffrischen. Wir setzen uns für KI-Assistenten ein, die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Anliegen unterstützen und perspektivisch Anträge komplett automatisiert bearbeiten. Langfristig wollen wir Leistungsansprüche als automatisierten No-Stop-Shop ohne Antrag realisieren, um den Prozess zu verschlanken, Zielgenauigkeit zu erhöhen und Sozialmissbrauch zu unterbinden. automatisiert bearbeiten.

Kommunen als Schlüssel für die erfolgreiche Einführung der EUDI-Wallet

Die Einführung der europäischen digitalen Brieftasche EUDI-Wallet (European Digital Identity Wallet) Ende 2026 wird zu einem entscheidenden Hebel für die digitale Transformation werden. Sie ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, sich digital auszuweisen, Dokumente sicher zu speichern und Dienste vollständig online zu nutzen. Wir setzen uns daher für klare Zuständigkeiten, gemeinsame technische Standards und eine frühzeitige Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung ein, damit die EUDI-Wallet ihr volles Potenzial für eine moderne, digitale Verwaltung und zukunftsfähige Smart-City Strukturen entfalten kann.

Verwaltung als Problemlöser

Wir wollen erreichen, dass serviceorientierte Verwaltung Lösungen anstatt Probleme aufzeigen. Wer in unseren Kommunen leben, bauen und wirtschaften möchte, soll das Gefühl haben, hier willkommen zu sein. Dazu wollen wir auch die Wirtschaftsförderung ausbauen, die Unternehmen dabei unterstützen soll, etwaige notwendige Genehmigung zügig zu erhalten. Englisch soll schrittweise zweite Verwaltungssprache werden, um internationale Unternehmen und Fachkräfte aus aller Welt die Ankunft in Niedersachsen zu erleichtern. Bei unseren Reformanstrengungen setzen wir auch auf die Eigenverantwortung und Entscheidungsfreude der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wer innovative Lösungen und neue Wege aufzeigt, soll honoriert werden durch schnellere Beförderungen und eine leistungsbezogene Vergütung.

Wir streben ferner den freiwilligen Zusammenschluss von kommunalen Gebietskörperschaften zu effizienteren Verwaltungseinheiten an.

Kommunale Demokratie stärken

Wir Freie Demokraten setzen uns für das passive Wahlrecht ab 16 zur Kommunalwahl ein. Wir begrüßen es, wenn junge Menschen sich aktiv vor Ort

387 einbringen und an ihrem Heimatort einen Unterschied machen wollen. Auch die
388 bisher geltenden Altersgrenzen für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten
389 an die gesellschaftliche Realität angepasst werden. Daher wollen wir das
390 Mindestalter auf 18 Jahre absenken und das bisher geltende Höchstalter gänzlich
391 abschaffen. Solche diskriminierenden Regelungen sind aus liberaler Sicht
392 unnötig, die Entscheidung über Reife und Eignung sollte bei den Wählerinnen und
393 Wählern sowie den aufstellenden Parteien liegen. Außerdem setzen wir uns im
394 Sinne einer fairen demokratischen Teilhabe dafür ein, die Ausschüsse in unseren
395 Kommunalparlamenten nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zu besetzen, um die
396 Vielfalt der Wählerstimmen präzise abzubilden und auch kleineren Fraktionen
397 sowie Gruppen eine wirksame parlamentarische Mitarbeit zu ermöglichen.
398 Jugendparlamente wollen wir in allen Kommunen einrichten und mit echten
399 Antragsrechten im Rat ausstatten.

400 **VI. Kommunen entfesseln: schlanke Steuern vor Ort - starke** 401 **Finanzen**

402 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine nachhaltige Haushaltspolitik ein. Denn
403 kommunale Kassen brauchen kluge Rechner. Dafür stehen wir bereit.

404 Strikte Haushaltsdisziplin mit Blick in die Zukunft

405 Wir wollen erreichen, dass auch in finanziell angespannten Zeiten eine strikte
406 Haushaltsdisziplin und ein planmäßiger Schuldenabbau im Fokus stehen. Wir sind
407 der Überzeugung, dass die (finanzielle) Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit
408 unserer Kommunen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das Vertrauen in
409 staatliche Institutionen sichern. Daher müssen alle Ausgaben unserer Städte,
410 unserer Gemeinden und unserer Landkreise effizient und zielgerichtet eingesetzt
411 werden mit dem Ziel, die bestehende Verschuldung mittelfristig zu senken. Als
412 Freie Demokraten setzen wir deshalb auf strukturelle Korrekturen, öffentliche
413 Aufgabenreduzierung und Effizienzsteigerung durch eine moderne Verwaltung. Das
414 Bekenntnis zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik resultiert für uns nicht nur
415 aus einem wirtschaftlichen Grundverständnis, sondern ist auch Ausdruck von
416 Generationengerechtigkeit. Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik ermöglichen
417 wir der nächsten Generation, ihre Zukunft selbst gestalten zu können.

418 Bagatellsteuern gehören abgeschafft

419 Als Freie Demokraten setzen wir uns für die steuerliche Entlastung von
420 Bürgerinnen und Bürgern ein. Wir werden uns gegen kommunale Steuererhöhungen
421 wenden. Abgaben, Steuern und Bürokratie müssen zur Unterstützung der
422 Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf ein Mindestmaß beschränkt werden.
423 Auch setzen wir uns für die Abschaffung von Bagatellsteuern wie z.B. der
424 Hundesteuer, Bettensteuer, Verpackungssteuer und der Zweitwohnsteuer ein. Der
425 Einzug dieser Steuern und deren Überwachung kostet meist mehr als diese Steuern
426 einbringen. Straßenausbaubeiträge wollen wir in allen Kommunen abschaffen.

427 Wir wollen erreichen, dass auch in finanziell schwierigen Zeiten auch in die
428 Zukunft gerichtete Investitionen planmäßig getätigt werden. Dazu zählen für uns
429 insbesondere Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur. Für
430 Investitionen schlagen wir vor, auch Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)

431 ergebnisoffen zu prüfen. ÖPP Projekte sind für uns denkbar, wenn sie
432 demokratischen Prinzipien entsprechen und sich aus der Beteiligung Privater auch
433 langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt. Dies ist auf Basis der
434 Vereinbarungen vorab zu prüfen. Schon jetzt ist der kommunale Investitionsstau
435 groß. Es ist unsere Ansicht, dass ein Aufschieben von wichtigen und notwendigen
436 Investitionen am Ende teurer und der nächsten Generation gegenüber nicht gerecht
437 wäre.

Begründung

erfolgt mündlich.